

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/481**

Martin Kayenburg

**Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Schleswig-Holsteinischer Landtag ▪ Postfach 7121 ▪ 24171 Kiel

An den
Vorsitzenden des
Innen- und Rechtsausschusses
Herrn Werner Kalinka, MdL
im Hause

Kiel, 16. Dezember 2005

Sehr geehrter Herr Kalinka,

beigefügt sende ich Ihnen die Beschlüsse der 19. Veranstaltung „Jugend im Landtag“, die am 20. November 2005 im Schleswig-Holsteinischen Landtag stattgefunden hat.

In Absprache mit der Arbeitsgruppe „Jugend im Landtag“, in der Repräsentanten des Landesjugendrings, das Präsidium von „Jugend im Landtag“ und die jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen vertreten sind, bitte ich darum, die Beschlüsse, die Ihren Fachausschuss betreffen, zur Kenntnis zu nehmen und zu beraten.

Vom Ausschuss ist dann zu entscheiden, ob und mit welchen Forderungen der Jugendlichen sich das Plenum befassen soll.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Martin Kayenburg

Beschlüsse

der 19. Veranstaltung
„Jugend im Landtag“

vom 18. bis 20. November 2005

Arbeitskreis II „Wirtschaft, Verkehr, Umwelt“

Regenerative Energien

Der Landtag und die Landesregierung sollen sich dafür einsetzen, Deutschland bis zum Jahr 2050 größtenteils (>50%) durch regenerative Energien zu versorgen.

Windanlagen im Meer

Der Landtag soll die geografisch vorteilhafte Lage des Landes nutzen und die Kapazitäten der Windanlagen im Meer verstärkt ausbauen.

Hochschulforschung im Bereich erneuerbarer Energien

Der Landtag wird aufgefordert, die Forschung an Hochschulen unter Einbindung der Wirtschaft im Bereich der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein verstärkt voranzutreiben.

Ausstieg aus der Atomenergie

Jugend im Landtag spricht sich für einen Atomausstieg unter der Maßgabe aus, dass diese Kapazitäten durch regenerative Energien und/oder Kernfusion zu ersetzen sind.

Alternativen zur medizinischen Genforschung

Der Landtag soll Alternativen zur roten (medizinischen) Genforschung verstärkt fördern.

Verletzung von Tierschutzgesetzen

Der Landtag möge dafür Sorge tragen, dass ein Verstoß gegen alle bestehenden Tierschutzgesetze konsequenter geahndet wird.

Schulanfahrtskosten

Der Landtag soll für eine gerechtere Finanzierung der Schulanfahrtskosten sorgen. Es soll landesweit ein für alle Schüler gültiges Ticket geben, das für alle öffentlichen Verkehrsmittel gilt. Es soll auch für Schüler der Oberstufe zugänglich sein.

Führerschein ab 17 Jahren

Jugend im Landtag befürwortet die Initiative des Landes, unter Berücksichtigung von Studienergebnissen aus Niedersachsen den Führerschein ab 17 Jahren einzuführen.

Alkoholverbot für Fahrzeugführer

Der Landtag soll ein generelles Alkoholverbot für Fahrzeugführer aller Altersklassen aussprechen.

Bürokratieabbau für Betriebe

Der Landtag soll einen Abbau bürokratischer Vorschriften für kleinere und mittlere Unternehmen sowie für landwirtschaftliche Betriebe vornehmen und eine effektivere Verwaltung schaffen.

Förderung des Tourismus

Die Landesregierung soll in Kooperation mit der Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein ein neues und effektiveres Marketingkonzept erstellen, um der rückläufigen Entwicklung im Bereich des Tourismus entgegenzuwirken.

Förderung artgerechter Tierhaltung

Der Landtag möge beschließen, weitgreifende „Antiwerbung“ für tierische Produkte aus nicht artgerechter Haltung zu betreiben und die Verbraucher ausführlicher durch ein europaweit anerkanntes Gütezeichen über die Herkunft und Haltung der Tiere zu informieren und artgerechte Haltung von Tieren zu fördern.

Arbeitskreis III „Innen- und Außenpolitik“

Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen

Auf öffentlichen Plätzen und an sozialen Brennpunkten soll *Videoüberwachung* zur Verbrechensprävention installiert werden, sofern auf dem betroffenen Platz konkret darüber informiert wird.

Inlandseinsätze der Bundeswehr

Die *Bundeswehr* soll auch in Zukunft nicht im Inland eingesetzt werden.

- Die Bundeswehr ist mit ihren derzeitigen Aufgaben ausgelastet.
- Soldaten sind nicht für Inlandseinsätze ausgebildet
- Innere und äußere Exekutive geraten in Konflikt

Appell an Politiker

Das Präsidium von Jugend im Landtag soll einen *Brief an den Bundespräsidenten* der Bundesrepublik Deutschland verfassen, mit der Bitte, alle Politiker vor einem Wahlkampf dazu aufzurufen, nur noch faktenorientiert zu argumentieren.

EU-Beitritt der Türkei

Die Verhandlungen mit der *Türkei zum EU-Beitritt* sollen weitergeführt werden und nicht weiter stagnieren. Der Beitritt sollte allerdings nur erfolgen, wenn die Türkei die EU-Gesetze und Menschenrechte anerkennt, weitere Reformen folgen und Demokratisierung, Liberalisierung sowie Modernisierung weiter fortschreiten. Dann spricht sich Jugend im Landtag für einen Beitritt der Türkei in frühestens 15 Jahren aus, sofern die EU stabilisiert ist.

Entbürokratisierung in Asylfragen

Die *Bürokratie in Asylfragen* soll verringert wird. Außerdem sollen Langzeitflüchtlinge nach 6 Jahren ein Bleiberecht zugesprochen bekommen, wenn sie sich integriert haben, keine Verbrechen begangen haben, die demokratische Grundordnung anerkennen und die deutsche Sprache ausreichend beherrschen.

Volksentscheid über EU-Verfassung

Der *Volksentscheid über die neue EU-Verfassung* soll nicht stattfinden, da die Bürger nicht gut genug über die Verfassung informiert sind und daher nicht in der Lage sind, richtig zu urteilen. Trotzdem sollen den Bürgern bessere Möglichkeiten zur Information über die neue EU-Verfassung gegeben werden.

Schaffung einer europäischen Streitkraft

Im Falle einer politischen Debatte über die Schaffung einer *europäischen Streitkraft* spricht sich Jugend im Landtag dagegen aus.

Sanierung des Staatshaushaltes

Es muss alles daran gesetzt werden, den *Staatshaushalt* sozial ausgewogen zu sanieren, auch wenn es eventuelle Einschränkungen für den einzelnen Bürger gibt, wie z.B. Subventionsabbau, die unpopulär sind.

Terrorbekämpfung

Zur *Terrorbekämpfung* sollen weitere Maßnahmen, wie z. B. Rasterfahndung und Schleierfahndung, Kontrollen an Flugplätzen, Präventivmaßnahmen im Ausland etc. durchgeführt werden.

Extremismusprävention

Die Schulen sollen im Rahmen des Geschichtsunterrichts die Jugendlichen vermehrt durch Gegenwartskunde, insbesondere über extremistische Bewegungen aufklären. Zur Prävention und als Alternative zum Rechtradikalismus sollen verstärkt internationale Jugendvereinigungen und -begegnungen gefördert werden. Des Weiteren soll eine neue Organisation gegründet werden, die in den Extremismus abgeglittenen Menschen Hilfe anbietet. *Jugend im Landtag* ruft des Weiteren dazu auf, dass jeder aktiv wird und denen, die in Gefahr sind, in den Extremismus abzugleiten, hilft und das Gespräch sucht.

Arbeitskreis IV „Soziales und Gesellschaft“

Drogen- und Gewaltprävention

Der Landtag soll sich dafür einsetzen, mehr Aufklärungen an den Schulen über Aids, Drogen, Gewalt zu gewährleisten.

Strafen für Wiederholungstäter

Der Schleswig-Holsteinische Landtag soll den Bundestag auffordern, die Strafen für Wiederholungstäter im Bereich von Mord und Sexualstraftaten zu verschärfen.

Resozialisierung von Straftätern

Der Schleswig-Holsteinische Landtag soll den Bundestag auffordern, die Resozialisierung von Straftätern zu fördern.

Rauchverbot im öffentlichen Raum

In Gaststätten soll das Rauchen untersagt werden.

In den Discotheken soll das Rauchen auf der Tanzfläche verboten werden.

Das Rauchverbot in der Öffentlichkeit soll eingeführt werden.

Das generelle Rauchverbot soll an Schulen eingeführt werden.

Unterricht in Streitschlichtung

Der Landtag wird aufgefordert den folgenden Antrag von Jugend im Landtag 2004 endlich umsetzen: An Schulen soll landesweit Unterricht in Streitschlichtung gegeben werden, um das Gewaltpotenzial an Schulen zu senken.

Mobbing

Die Frist in der Definition von Mobbing soll herabgesetzt werden.

Einhaltung des Jugendschutzgesetzes

Die Ausweiskontrollen z.B. in Discotheken sollen verschärft werden, damit das Jugendschutzgesetz besser eingehalten wird.

Gelder für Jugendarbeit

Die Gelder für Jugendarbeit sollen keinesfalls gekürzt, gegebenenfalls sogar erhöht werden.

Förderung der freien Jugendarbeit

Das Land soll mehr Fördergelder für die freie Jugendarbeit (Vereine und Initiativen) – besonders in sozialen Brennpunkten der Städte und Kommunen des Landes – bereitstellen.

Angebot von Kindertagesstätten

Kostenlose oder günstige Kindertagesstätten und Kindergärten sollen für alle Kinder ab dem 6. Monat bereitgestellt werden.

Gleichberechtigung im Beruf

Der Schleswig-Holsteinische Landtag möge sich weiter und umsichtiger für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Beruf einsetzen und diese fördern.

Wegwerfen von Zigarettenstummeln

Auf das Bußgeld für das Wegwerfen von Zigarettenstummeln soll vermehrt hingewiesen werden.

Integration von Immigranten

Bundesweit muss die Integration von Immigranten gewährleistet sein. Die Immigranten müssen Sprachkenntnisse durch Pflichtkurse erlangen.

Arbeitskreis I „Bildung“

Förderung der Bildung

Die Bildung sollte mehr gefördert werden, damit Deutschland bei der PISA-Studie besser abschneidet und die Jugendlichen durch die Bildung höhere Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben.

Erste-Hilfe-Kurse

Ein Erste-Hilfe-Kurs soll in den Lehrplan der 9. Klasse aufgenommen werden. Der Kurs soll in Form zweier aufeinander folgender Projektstage à 7 Schulstunden stattfinden.

Spezialisierung von Schülern

Die Spezialisierungen von Schülern sollen durch Wahl von Kursen nach individuellen Fähigkeiten gefördert werden.

Dezentrales Abitur

Das dezentrale Abitur soll erhalten bleiben.

Studiengebühren

Das Studieren in Schleswig-Holstein soll weiterhin gebührenfrei bleiben.

Mitbestimmungsrecht

Schüler sollen ein Stimmrecht in Bezug auf bildungspolitische Entscheidungen erhalten. Ein entsprechendes Gremium soll eingesetzt werden.

Verbesserung des Informationsflusses

Die Kultusministerin wird aufgefordert, den Informationsfluss zwischen Ministerium und Schülern zu verbessern.

Einrichtung von Gemeinschaftsschulen

Die Landesregierung wird aufgefordert, Zuschüsse für Kommunen bereitzustellen, welche die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen planen.

Kurssystem

Die Landesregierung wird aufgefordert, von der geplanten Abschaffung des Kurssystems in der gymnasialen Oberstufe abzusehen und keine Pflicht-Leistungskurse Mathematik, Deutsch und Fremdsprache einzuführen.

Einrichtung von Ganztagschulen

Jugend im Landtag fordert, dass mehr Ganztagschulen im Land geschaffen werden.

Kriterien für VERA

VERA soll an allen Grundschulen unter festgelegten Kriterien durchgeführt werden.

Bundeseinheitlicher Lehrplan

Es soll einen annähernd einheitlichen Lehrplan für alle Bundesländer geben.

Dieser soll von den Kultusministerien der Länder in gemeinsamer Arbeit gestaltet werden.

Abitur nach 13 Jahren

Das Erreichen des Abiturs soll weiterhin nach dem 13. Schuljahr erfolgen.

Sprachtest für Schulanfänger

Mindestens sechs Monate vor der Einschulung soll ein Sprachtest stattfinden. Außerdem sollen bei Nichtbestehen des Testes Sprachförderkurse durchgeführt werden.

Unterricht im Fach Wirtschaft/Politik

Das Fach Wirtschaft/Politik soll an den schleswig-holsteinischen Haupt- und Realschulen ab der Klasse 7, an Gymnasien ab der Klasse 8 unterrichtet werden.

Blockunterricht

Sport-, Kunst-, Haushaltslehren-, Technik- und Textilunterricht soll als Blockunterricht von je 90 Minuten Dauer stattfinden. Die Verblockung von Unterrichtsstunden in weiteren Fächern soll in der Entscheidungsbefugnis der Schulen liegen.

Trainingsraumkonzept

Das Trainingsraumkonzept soll an allen Schulen durchgesetzt werden.

Festlegung eines Bildungsauftrages in Kindergärten

Es sollen flächendeckend kostenfreie Kindergärten mit Bildungsauftrag eingerichtet werden. Dem Bildungsauftrag wird durch pädagogisch aus- bzw. fortgebildete ErzieherInnen für Kinder ab 4 Jahren nachgekommen. Der Kindergartenbesuch soll für Kinder ab 4 Jahren verpflichtend sein.

Unterricht in Ernährungslehre

Ernährungslehre soll schon sehr früh verstärkt unterrichtet werden.

Reduzierung der Kursgrößen

Die Kursgröße, besonders in der Oberstufe und in abschließenden Jahrgängen muss verkleinert werden.

Prüfungspflicht von Schulleitung und Ministerium

Bei gravierenden Beschwerden von Schülern muss die Pflicht zur Prüfung von Schulleitung und Ministerium wahrgenommen werden.

Bilingualer Unterricht

Ab Klasse 5 soll an allen schleswig-holsteinischen Schulen der bilinguale Unterricht (Englisch) verstärkt angeboten werden.

Lehrerfortbildung

Jährliche fachliche und pädagogische Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer sollen verbindlich gemacht werden.

Sozialpädagogische Ausbildung

Die sozialpädagogische Ausbildung zukünftiger Lehrkräfte soll vom Anfang des Studiums an verstärkt werden.

Lehrproben für Lehrkräfte

Regelmäßige unangekündigte Lehrproben für sämtliche Lehrkräfte sollen vom Ministerium für Bildung durchgeführt werden. Bei Nicht bestehen der Lehrprobe muss ein Aufbauseminar besucht werden.

Einsatz von Computern

Jede Schule soll die Möglichkeit anbieten, am Computer zu arbeiten (Internet, Textverarbeitung).

Kommerzielle Werbung in Schulgebäuden

Kommerzielle Werbung im Schulgebäude und auf dem Schulhof soll gestattet werden.